

Estland

Wim van Meurs

Das Ergebnis der Europawahlen Anfang Juni 2009 hat gezeigt, dass die weltweite Finanzkrise Estland als die offenste Volkswirtschaft des ehemaligen Ostblocks hart getroffen hat. Entsprechend umwälzend waren (bei einer Beteiligung von nur 43 Prozent) die Ergebnisse der Wahl: Die regierende zentrumrechte Reformpartei wurde von der gemäßigt linken Zentrumspartei ebenso überholt wie von dem euroskeptischen Kandidaten Indrek Tarand. Die mitregierenden Sozialdemokraten fielen dagegen von 36,8 auf 8,7 Prozent zurück. Tarand wurde als Unabhängiger mit 25,8 Prozent nur knapp von der Zentrumspartei (26,1 Prozent) geschlagen. Tarand – Journalist, Fernsehshowmaster und Politiker – gilt als Querdenker und politisches „enfant terrible“. Ob die überraschende Wahl dieses konservativen Parteilosen lediglich Teil der Rechtsverschiebung in der EU insgesamt ist oder ob es auch als der Einzug des populistischen Konservatismus in die eher geordnete estnische Politik gedeutet werden soll, ist eine offene Frage.

Tendenziell wird die Einbürgerung für Russen der jüngeren Generationen attraktiver, da die russische Minderheit ihre Kinder zunehmend wegen der Berufsperspektive estnische Schulen besuchen lässt. Die russischsprachigen Nichtstaatsbürger werden sogar von beiden Seiten umworben: Im vergangenen Jahr wurde in Brüssel beschlossen, ihnen das Recht zu geben, in der EU zu reisen. Nahezu gleichzeitig strich Präsident Medvedev die Visumsbestimmungen für diese staatenlosen Russen.¹ Auf der gesellschaftlichen Ebene in Estland möchte die Regierung nach der Eskalation im Denkmalstreit im April 2007 einer Entfremdung entgegenwirken und das Ministerium für Minderheitenfragen legte 2008 ein neues Integrationsprogramm auf, um insbesondere die Sprachförderung in der Schule auszubauen.

Wirtschaft und Außenhandel

Im Vorjahresvergleich wies das BIP Estlands im ersten Quartal 2009 ein Minus von 16 Prozent auf.² Ein Leistungsbilanzdefizit von geschätzten 15 Prozent zwingt die Regierung zu unpopulären Sparmaßnahmen des öffentlichen Haushalts. Auch durch die Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen ist die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres von 3,9 auf 15,6 Prozent (Mai 2009) gestiegen: Die Auslandsinvestitionen sind im Jahresvergleich im ersten Quartal um nicht weniger als ein Drittel zurückgegangen, wenn auch die Rate von 3 Prozent des BIP verhältnismäßig hoch ist. Da die Regierung besser als Nachbar Lettland aus dem Wachstum der letzten Jahre für schlechte Zeiten vorgesorgt hat, ist die Lage nicht ganz so dramatisch.³ Die Beteuerungen der Regierung Ansip, zum 1. Januar 2011 der Euro-Zone beitreten zu wollen, werden jedoch zusehends unrealistischer: Insgesamt reichen die Folgen der Weltwirtschaftskrise in Estland viel weiter als die im Vorjahr erhoffte Schützenhilfe bei der Inflationsbekämpfung (die jetzt laut EU-Prognosen unter 1 Prozent sinken wird) und eine Dämpfung der überhitzten Lohnentwicklung: Geschätzt lebt jeder fünfte Este heute in relati-

1 Reuters (17.06.2008).

2 The Times (05.06.2009), S. 51; The Guardian (05.05.2009), S.25.

3 The Baltic Times (02.07.2009); Deutsche Welle (02.07.2009) und (28.04.2009).

ver Armut und der öffentliche Haushalt wird in den nächsten Jahren ein strukturelles Defizit von ca. 3 Prozent verkraften müssen.⁴

Um seine Unabhängigkeit von russischen Energieressourcen zu wahren, beharrt Tallin trotz europäischer Umweltbedenken auf die Ölschieferproduktion in Ida-Virumaa. In letzter Zeit suchte Eesti Energia jedoch auf alternativem Wege Energiesicherheit zu gewährleisten, ohne auf Umweltschutz zu verzichten. Der Bau des größten Windröderparks im Baltikum gehört dazu, parallel zu einer 90 Mio. Euro Investition in ein neues Ölschieferkraftwerk.⁵ Gleichzeitig zeigt Estland sich unnachgiebig, wenn es um die deutsch-russische Pipeline Nordstream geht und verweigert dem Konsortium, getragen von Gazprom, BASF, E.ON Ruhrgas und der niederländischen Gasunie, die Erlaubnis für Vorbereitungsarbeiten in den estnischen Wirtschaftsbereichen und Territorialgewässern in der Ostsee.⁶

Außen- und Europapolitik

Estland zeigt sich sehr bemüht, ein aktiver Partner in den relevanten euro-atlantischen Organisationen zu sein. Nicht nur ist das estnische Militär präsent in der schwierigen Provinz Helmand im Süden Afghanistans, sondern Tallinn war auch bereit, den vom Jugoslawien-Tribunal verurteilten kroatischen Kriegsverbrecher Milan Martić zu internieren. Jahre vor dem russischen Cyberangriff im April 2007 machte Estland als am besten vernetztes und somit auch am verwundbarsten Land Europas bereits den Vorschlag ein Cyber-Verteidigungszentrum CCDOE einzurichten. Sitz des neuen NATO-Zentrums ist Tallinn.

Nicht zuletzt wegen der (bis vor kurzem) hervorragenden Zukunftsperspektiven der russischen Minderheit in Estland scheint sich die Kreml-Strategie in Bezug auf den kleinen Nachbarn zu verlagern. Moskau zeigt sich weniger empfindlich, wenn es um die geschichtlichen Beziehungen (z.B. das Gedenken der Deportationen oder die Singende Revolution 1988) oder die Rechte der russisch sprechenden Minderheit geht. Dafür werden in den Wirtschaftsbeziehungen neue Hebel gesucht, um Einfluss auszuüben.⁷ Tendenziell scheint Tallinn dagegen die Zurückhaltung, die es im Vergleich zum lettischen Nachbar im Umgang mit der russischen Minderheit und dem eigenen Nationalstolz kennzeichnete, abzulegen. Dies bezeugen der Konflikt um das sowjetische Ehrenmal 2007 und die Einweihung des umstrittenen Freiheitsmonuments am 22. Juni 2009.⁸ Auch wurde 2008 der 88-jährige Arnold Meri wegen Beteiligung an Deportationen 1949 vor Gericht gestellt. Pikant ist die Sache nicht nur, weil er ein Cousin des ersten Präsidenten Lennart Meri ist, sondern auch, weil er der letzte noch lebende Este ist, der nach dem Zweiten Weltkrieg die Ehrenmedaille „Held der Sowjetunion“ erhielt. Trotzdem gab es im Juni 2008 die erste Begegnung des estnischen Präsidenten mit seinem russischen Amtskollegen in drei Jahren, was auf eine gewisse De-emotionalisierung der Beziehungen hindeuten mag.⁹

In der Außenpolitik ist Estland vorsichtiger geworden. Noch im Herbst 2008 plädierte es nach dem russischen Krieg gegen Georgien für eine klare EU-Beitrittsperspektive für Georgien und demonstrierte Solidarität mit Tiflisi in der Krise. Zunehmende Fragezeichen bei Saakaschwilis eigener Rolle in der Krise im August 2008 und seine umstrittene Vorgehensweise gegen die heimische Opposition ließen auch Estland auf Distanz gehen.

4 European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs, Economic Forecast Spring 2009 (Brüssel 2009), S. 61-62. http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15048_en.pdf.

5 The Baltic Times (28.05.2009) und (08.07.2009).

6 EurActiv (14.05.2009).

7 The Times (04.07.2009), S. 17.

8 The Baltic Times (02.07.2009).

9 BBC News (20.05.2008); RIA Novosti (28.06.2008).